



An den Grossen Rat

21.5465.02

STK/P215465

Basel, 1. September 2021

Regierungsratsbeschluss vom 31. August 2021

Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend «Beleidigungen, Drohungen und Mobbing in den Sozialen Medien»

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Eric Weber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«Häme, Beleidigungen, Drohungen, Mobbing: Die Sozialen Medien sind in Verruf geraten. Doch Milliarden Menschen nutzen sie täglich weltweit. Auch 170000 Basler täglich. Was bedeutet das für Politik, Wirtschaft und uns alle? Daher diese Schriftliche Anfrage, um etwas Klarheit in die missliche Angelegenheit zu bringen. Danke.

Die Sozialen Medien geben den Menschen die Gelegenheit, es der Welt mitzuteilen. Das echte Problem dabei ist, dass hier dann Dinge geäussert werden, die man unter Anwesenden so nicht äussern würde. Hemmungen und gutes Benehmen gegenüber anderen Menschen treten in den Hintergrund, weil diese Personen nicht anwesend sind und man ihnen auch nicht Auge in Auge gegenübersteht.

Es gibt die Idee, dass Politik aus den Politikern, den Lobbyisten, den Medien und den Wählern besteht. Politiker basteln mit ihrer Bürokratie und unter Einfluss von Lobbyisten an Gesetzen, die Medien berichten möglichst objektiv darüber und die Wähler entscheiden dann alle vier Jahre, was sie davon halten. So gesehen ist der Einfluss der Sozialen Medien gross.

Seit vielen Jahren beschwere ich mich über das mangelnde Interesse unserer Basler Bevölkerung an politischen Entscheidungen und an Parlaments-Wahlen. Zu sehen in geringen Wahlbeteiligungen. Jetzt äussern sich immer mehr, auch junge Menschen, vermehrt im Internet politisch.

Viele Bürger wollen sich nicht nur auf Ihre Funktion als Wähler reduzieren lassen. Sie wollen mitmachen, sie wollen mitdiskutieren.

Es sollte bei der Digitalisierung nicht darum gehen, lediglich die Stimmung in der Bevölkerung „abzugreifen“ oder als Politiker auch ein Instagram-Profil zu besitzen. Vielmehr muss es darum gehen, die Menschen zum Beispiel über die sozialen Medien an Entscheidungsfindungen zu beteiligen. Unsere politischen Institutionen wie Parteien, Gremien oder Grossräte sind analoge Veranstaltungen. Jetzt mit der Digitalisierung können wir, um ein altes Zitat von Willi Brandt zu zitieren, „mehr Demokratie“ wagen.

1. Was unternimmt die Regierung, dass man über die Sozialen Medien den Bürger mehr erreichen kann?
2. Die Klicks bei den Youtube-Filmen vom Kanton sind eher bescheiden. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, dass man auch Grossräte sprechen lässt, auf dem Kanal vom Kanton Basel-Stadt?
3. Der Staat kann bei den Sozialen Medien als eine Art Moderator auftreten, der dafür sorgt, dass alle Interessierten zu Wort kommen. Was hält der Regierungsrat von diesem Vorschlag?

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

4. Das politische System muss auf Veränderungen reagieren. Wenn das politische System die Bevölkerung lediglich als eine aufzuklärende Masse ansieht, die in mehrjährigen Abständen die für sie richtige Stimme abgibt, dann sehe ich für unsere politischen Institutionen eher schwarz. Wie können die sozialen Medien noch besser genutzt werden?

Eric Weber»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

Der Regierungsrat verfolgt die Entwicklungen der digitalen Mitbestimmung aufmerksam.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin